

Akademische Buchhandlung von  
**Max Drechsel, in Bern**  
Erlachstrasse, 23

Jährlich etwa 40 Nummern  
(deutsche & französische Ausgabe) für  
Fr. 4 in der Schweiz, Mark 5 in Deutsch-  
land; Fr. 6 in den anderen Ländern.  
Alle Buchhandlungen, Postanstalten,  
sowie der Verlag nehmen Bestellungen  
entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 10 Pf.

# Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für  
Menschheitsinteressen bleibt der Selbst-  
einschätzung der Mitglieder überlassen.  
Schweizer Postscheckkonto Bern III  
496.  
Die Vereinsstatuten und Probenummern  
aller seiner Organe werden auf Verlan-  
gen durch das Sekretariat: Bern, Er-  
lachstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Professor an der Univer-  
sität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern;  
Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt  
Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE  
QUERVAIN, Professor an der Universität Zürich; Dr. A. HUBER, alt Civil-  
gerichtspräsident, Basel; Dr. A. SUTER, Präs. d. Gemeinderats v. Lausanne; O. VOLKART,  
Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft;  
Director TOBLER, Bern; Dr. JULLIAN REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne;  
Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u. a. m.  
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fort-  
schritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ep-  
BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr.  
Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen  
Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. KARL GRUEN-  
BERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags,  
Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl.  
d. französischen Parlaments; A. NAQUET, eh. Senator, Paris; Ramsay MACDONALD,  
Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUT, eh. Ministerpräsident von Neuseeland;  
Lino FERRIANI, eh. Generalprocurator, Como, u. a. m.  
Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn  
Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

## «Der Springende Punkt»

(von A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern)

Mit der unter diesem Titel in Zürich erschienenen  
Brochure von «Germanicus» befasst sich ein Ar-  
tikel der *Menschheit* (Nr. 78), welcher speziell die  
Frage behandelt, ob sich der Begriff des Vertei-  
digungskrieges in wissenschaftlich scharfer und  
praktisch fruchtbarer Weise umschreiben lasse.

In der Beantwortung dieser Frage können wir  
allerdings im allgemeinen den bezüglichlichen Aus-  
führungen beipflichten: nicht jeder Angriffskrieg  
impliziert die Schuld des Angreifers, zuweilen ist  
es schwer zu entscheiden, wer der Angreifer, wer  
der Verteidiger gewesen; noch schwieriger ge-  
staltet sich oft die objektive Beantwortung der  
Frage nach Schuld und Unschuld der kriegführenden  
Mächte.

Auch den Schlussbemerkungen und der ganzen  
Tendenz des Artikels stimmen wir bei, wonach  
die Prüfung der Schuldfrage die überall so sehr  
ersehnte Beendigung des Krieges eher erschwere  
als erleichtere, und dass es wichtiger und frucht-  
barer sei, alle Aufmerksamkeit auf Völker-Ver-  
ständigung zu konzentrieren und auf die Arbeiten  
für die Aufrichtung einer internationalen Rechts-  
ordnung als einzige wirkungsvolle Methode für  
die Verhinderung künftiger Kriege.

Wenn wir also auch zugeben, dass hierin der  
springende Punkt vom Standpunkte der Kriegs-  
beendigung und Kriegsverhinderung liegt, so darf  
damit die Brochure von «Germanicus», deren  
Bedeutung in anderer Richtung zu suchen ist,  
nicht als erledigt betrachtet werden; ihr Titel wird  
unseres Erachtens durch den besondern Zweck den  
sie verfolgt, durchaus gerechtfertigt.

Germanicus, ein der sozialdemokratische Partei  
Deutschlands angehörender Schriftsteller, befasst  
sich speziell mit der Spaltung, die infolge des  
Krieges in der sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands eingetreten ist und führt in über-  
zeugender Weise aus, dass dieselbe ihren Grund  
in der verschiedenen Auffassung der deutschen  
Genossen über die Schuldfrage liege. Hierbei ver-  
weist er zunächst auf den von ihm als international  
anerkannt bezeichneten sozialistischen Grundsatz:  
Verteidigung gegen Ueberfall, aber Erstrebung  
einer innerstaatlichen und völkerrechtlichen Or-  
ganisation, die jeden Ueberfall unmöglich macht.  
Solange, sagt er, eine Völkerorganisation auf recht-  
licher Basis nicht an Stelle der heutigen Völker-  
anarchie getreten sei, solange bleibe die Gefahr  
kriegerischen Ueberfalles von Seiten eines Nachbar-  
staates bestehen, und so lange müsse es auch den  
Sozialisten des überfallenen Staates gestattet und  
für sie sogar geboten sein, ihren Nationalstaat  
gleich allen andern Bürgern gegen Ueberfall und  
Unterdrückung zu verteidigen. Die Verteidigung  
des Vaterlandes gegen frevelhaften Ueberfall ver-  
stosse nicht gegen die Grundsätze der Interna-  
tionale, dies lasse sich mit unzähligen Schriften  
und Reden sozialistischer Parteiführer mehrerer  
Länder belegen.

Sodann stellt Germanicus fest, dass die Mehr-  
heit der deutschen sozialdemokratischen Partei,  
welche die verlangten Kriegskredite billigte, in der  
ihr durch die Regierung beigebrachten Ueberzeu-  
gung lebte und noch lebt, dass Deutschland von  
seinen Gegnern überfallen worden sei, dass es sich  
daher um einen auch vom sozialistischen Stand-  
punkte aus zu billigenden Befreiungskrieg handle,  
während die Minderheit der Partei, zu deren An-  
sichten er sich bekennt, diesen Krieg als einen  
imperialistischen Angriffskrieg Deutschlands auf-  
fasse.

Aus dieser diametral verschiedenen Auffassung  
erklärt der Verfasser der Brochure denn auch die  
diametral verschiedene Haltung von Mehrheit und  
Minderheit der deutschen sozialdemokratischen  
Partei.

Wir wollen hier den weitern Ausführungen der  
beachtenswerten Brochure nicht folgen, wohl aber  
die Bemerkung beifügen, dass unseres Erachtens  
auch für alle andern Parteien und Bevölkerungs-  
schichten, sowohl der neutralen als der krieg-  
führenden Völker, in der *Schuldfrage* der springende  
Punkt liegt — sobald es sich darum  
handelt, Stellung zu nehmen gegenüber den  
kriegführenden Mächten und ihren Bestrebungen.  
Wir sprechen hier nicht etwa von den *Völkern*, die  
sich gegenseitig zerfleischen müssen, ob es in ihrem  
Willen liegen mag oder nicht, sondern von den  
kriegführenden *Mächten*, und diese haben ihren  
Schwerpunkt in den Regierungen, denen die ein-  
zelnen Staatsbürger willenlos unterworfen sind,  
wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, als Verräter  
behandelt zu werden.

In der Tat spielt auch in neutralen Ländern  
die Schuldfrage bei der Haltung der Bevölkerung  
vielerorts die Hauptrolle, während der Sprach- und  
Rassenverwandtschaft nach dieser Richtung viel  
weniger Gewicht beizumessen ist, als man gemein-  
lich annimmt. Zu diesen Schlüssen gelangen  
wir namentlich bei Würdigung der in der Schweiz  
zu Tage tretenden Kundgebungen der Sympathie  
und Antipathie gegenüber den kriegführenden  
Mächten.

Allerdings gehören in der romanischen Schweiz  
die Sympathien fast ausschliesslich den West-  
mächten, während die alemannische Schweiz sich  
im Allgemeinen mehr gegen die Zentralmächte  
hinneigt; letzteres geschieht jedoch keineswegs mit  
der Ausschliesslichkeit, wie dies in der romanischen  
Schweiz nach der entgegengesetzten Richtung zu  
Tage tritt, und es ist auch zu konstatieren, dass  
sich in vielen deutsch-schweizerischen Kreisen im  
Laufe der Zeit eine gewisse Wandlung vollzogen  
hat.

Richtig ist wohl, dass sich in der Schweiz wie  
anderwärts die vorwaltende Stimmung in den ver-  
schiedenen Landesteilen und Volksschichten oft  
nicht auf eine genaue Kenntnis der geschichtlichen  
Vorbedingungen stützt, auf deren Grundlage  
schliesslich der Völkerkampf zum Ausbruch ge-  
kommen ist, sondern auf die mehr oder weniger  
subjektive Ueberzeugung von der Schuld der einen  
oder der anderen Mächtegruppe. Diese Ueber-

zeugung nun, mag sie objektiv festbegründet sein  
oder nicht, führt bisweilen zu einer sehr tempera-  
mentvollen Parteinahme, wie dies namentlich in  
der romanischen Schweiz erfolgte. Hier ist man  
nun einmal fest davon überzeugt, dass Deutsch-  
land und Oesterreich den Kriegsausbruch ver-  
schuldet haben, und dass die Verletzung der Neu-  
tralität Belgiens durch Deutschland sich in keiner  
Weise rechtfertigen lässt; und diese Ueberzeugung  
bildet für den romanischen Schweiz den springen-  
den Punkt, gerade so sehr wie für die Minorität  
der deutschen sozialdemokratischen Partei\*.

Leider treibt diese Ueberzeugung in der roma-  
nischen Schweiz oft sonderbare Blüten, welche der  
schweizerischen Landesregierung, die sich durch-  
aus neutral verhält und verhalten muss, ungeahnte  
und unverdiente Schwierigkeiten bereiten. Eine ge-  
wisse Entschuldigung hierfür mag darin liegen,  
dass sich die Haltung der romanischen Schweiz  
zum grössten Teile eben auf die ehrliche Ueber-  
zeugung stützt, dass der Einfall Deutschlands in  
Belgien und Frankreich ein schreiendes Unrecht  
gewesen sei, mit dem sich die temperamentvollen  
Romanen der Eidgenossenschaft nun einmal nicht  
abfinden können — trotz der Neutralität, die  
unser Staat selbstverständlich zu beobachten ver-  
pflichtet ist und als solcher auch, dank der vor-  
bildlichen Haltung unseres Bundesrates, gewissen-  
haft beobachtet.

Es zeigt sich hier so recht deutlich, dass auch  
auf neutralem Gebiete die Auffassung über die  
Schuldfrage für weite Kreise der springende  
Punkt ist, wie dies Germanicus, speziell für die  
Sozialdemokraten Deutschlands, aus ihrer verschie-  
denen Stellungnahme gegenüber dem Weltkriege  
nachgewiesen hat.

\*Vergleiche den Artikel: «Die Sympathien der  
Neutralen» in Nummer 52 der «Menschheit» vom  
13—20 November 1915.

## Kann die aus dem Weltkriege erwachsende Finanzkrise zu einem Fortschrittsfaktor werden?

(Eine Zukunftsfrage Deutschlands.)

Die «Dänische Studiengesellschaft für soziale  
Folgen des Krieges» hat für die direkten Kriegs-  
ausgaben Deutschlands während der beiden ersten  
Kriegsjahre eine Summe von 46 Milliarden 600  
Millionen Mark berechnet und glaubt als derzei-  
tige durchschnittliche Kosten jedes Kriegsmonats  
den Betrag von 2 Milliarden Mark einsetzen zu  
sollen. Die *direkten Kriegsausgaben* des Deutschen  
Reiches dürften sich also bei dreijähriger Kriegs-  
dauer auf etwa 70 Milliarden Mark stellen, die  
der gegnerischen Mächte noch weit höher. 70 Mil-  
liarden, zu 5% verzinst, erfordern einen jährlichen  
Schuldendienst im Betrage von 3½ Milliarden  
Mark. Bemessen wir die jährlichen Kriegsausgaben  
für *Kriegsinvaliden* und *Kriegerwitwen* sowie die  
*Mehrkosten* des Kriegsbudgets — die unvermeid-  
lich sind, sofern es im Friedensschluss nicht etwa  
zur Herstellung eines internationalen Rechtssys-  
tems kommen sollte — mit 2½ Milliarden, so wird

sich also das finanzielle Erfordernis des Deutschen Reiches um zirka 6 Milliarden Mark höher stellen, als vor dem Kriege. Zuschlags- oder Abschlagsziffern für eine, Deutschland seitens der fremden Länder zufließende Kriegsentschädigung, oder andererseits für Deckung privater Kriegsschäden im In- und Ausland, finanzielle Unterstützung für die Bundesgenossen u. s. w. sind dabei nicht in Anrechnung gebracht. Summen, deren Zinsenertrag oder Zinsenbedarf der enormen Summe von 6 Milliarden Mark gegenüber eine grundsätzliche Veränderung bewirken könnte, sind wohl seitens dieser sekundären Posten nicht zu erwarten.

Die Deckung dieser Summe (und die Bedeckung der noch grösseren Parallelsommen bei den Mächten des Vierverbandes) wird wohl das schwierigste Finanzproblem aller Zeiten darstellen. Die einfachste Lösung desselben ist von den Vertretern der radikalen Strömungen in der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder, die sich im April zu Kiental zusammenfanden, vorgeschlagen worden: Die Ungültigkeitserklärung aller aus den Kriegsanleihen erfließenden Verpflichtungen, d. h. der Staatsbankrott sämtlicher Mächte. Für Deutschland und alle anderen Länder, die Selbstachtung besitzen, kommt diese Lösung naturgemäss nicht in Frage.

Gefährlicher ist ein zweiter Vorschlag, der zweifellos nach dem Krieg — wenn es mit der steten Abwälzung der Ausgaben auf die künftigen Generationen ein Ende hat und der Ernst der Frage jedermann klar wird — gemacht werden dürfte: Die Beschneidung der Anwendungen für Zwecke der Kultur- und Sozialpolitik. Wenn rücksichtslos angewandt, würde diese Methode zur Zerstörung des Schulwesens und damit der Volksbildung und des geistigen Fortschritts führen, zur Verelendung der arbeitenden Bevölkerung, zur Lähmung der Volkskraft. Gegen eine solche weitgehende Ersparnispolitik auf Kosten der organischen Volksenergien würde sich jedoch ein Schrei der Entrüstung erheben. Kleine Ersparnisse jedoch, respektive die Vermeidung aller Ausgaben für weitere Ausgestaltung des Bildungswesens und der sozialen Fürsorge vermöchten wohl einige hundert Millionen im Jahre zu bringen, jedoch keinen irgendwie wesentlichen Bruchteil der erforderlichen 6 Milliarden zu decken.

Neue Steuern werden kommen, aber auch ihnen sind gewisse Grenzen gesetzt. Die deutsche Industrie wird nach dem Kriege ohnehin schwer zu kämpfen haben, um als Ersatz für die durch den Boykott der Feindesländer erschwerten Absatzbedingungen neue Märkte zu erobern. Sie wird zu diesem Zwecke ihre Preise vielfach erniedrigen müssen. Wollte man sie noch mit neuen drückenden Steuern belasten, so würde sie das am siegreichen Bestehen des Existenzkampfes verhindern und damit die deutschen Nationalinteressen schwer schädigen.

Aus obgenannten Gründen wird die Industrie kaum in der Lage sein, mit Lohnerhöhungen vorzugehen und wollte man die Lebensbedürfnisse der Arbeitermassen mit drückenden Steuern belasten, so würde das zu schweren Erregungszuständen führen und die allmähliche Wiedergesundung des Volkskörpers erschweren.

Direkte Reichssteuern begegnen bekanntlich starken Widerständen seitens der Bundesstaaten, aber selbst wenn diese überwunden werden könnten, so darf erfahrungsgemäss der Steuersatz nicht über eine gewisse Grenze hinausgehen, wenn er nicht zur Lähmung der Arbeits- und Sparfreude, Erbschaftsverhinderung und Abwanderung der Kapitalien führen soll. 6 Milliarden pro Jahr lassen sich auch auf diese Weise nicht aufbringen.

Versagen also die traditionellen, den Finanzministern aller Länder liebwerthen Methoden gegenüber der Grösse der neuen Aufgabe, so wird es sich darum handeln, ganz neue Bahnen zu erschliessen und damit kann dann die Not wieder einmal, wie so oft im Menschen- und Völkerleben, zur Mutter des Fortschritts werden.

Zunächst wird es sich darum handeln, die Steuerkraft des Deutschen Volkes und seine Grundlage, das Deutsche Nationaleinkommen zu heben. Hiefür stehen ausser den bekannten und nach wie vor unerlässlichen Methoden der allgemeinen Belebung der Volkswirtschaft auch gewisse Möglichkeiten offen, die sich bisher an Vorurteilen und Einzelinteressen gebrochen haben.

Vielen gewerblichen Kleinbetrieben in Deutschland wie anderwärts sind noch jene maschinellen arbeitssparenden Methoden versagt, welche die Technik schon lange gefunden, aber nur in Grossbetrieben anzuwenden gestattet. Durch staatliche Massregeln hat man sogar das Handwerk und damit seine vom Fortschritt überholten Arbeitsmethoden künstlich zu erhalten gesucht, hat man andererseits Konsumvereine und Warenhäuser in ihrer Entwicklung hemmen wollen. Abkehr von dieser Methode, planmässige Förderung des Uebergangs zum Grossbetrieb vermöchte das Nationaleinkommen und damit auch die Steuerkraft des deutschen Volkes wesentlich zu heben.

Die gleichen Gesichtspunkte gelten für die Begründung von Kartellen, Syndikaten und Trusts, für Regelung der grossindustriellen Produktion. Sie gestatten die Ausschaltung der minder leistungsfähigen Betriebe, Ersparnis an Verkaufs- und Reklamespesen, Ausnützung aller Möglichkeiten einheitlicher Organisation und erhöhen damit den Reinertrag der betreffenden Industrien. Dies allein würde grössere steuerliche Belastung gestatten.

Diese Produzenten-Vereinigungen tragen bekanntlich die Tendenz in sich, ihre Monopolstellung zu höherer Preisbemessung auszunutzen. Die Konsumenten haben hierüber vielfach mit Recht geklagt. Gerade diese Organisationsformen geben jedoch dem Staate eine gute Möglichkeit, einen Grossteil des durch die oberwähnten Ersparnisse erzielten Gewinnes durch eigene Spezialsteuern für sich in Anspruch zu nehmen. Dass die Kartelle nicht diese Steuern neuerdings auf die Konsumenten abwälzen, oder die Konsumenten durch allzu hohe Preise beschweren, dafür könnte durch Festlegung bestimmter Höchstpreise vorgesorgt werden. Die Entwicklung der Kriegszeit hat die gegen solche staatliche Eingriffe früher bestandenen Vorurteile gebrochen und vielerlei Klarheit über die beste Technik dieser Eingriffe gegeben.

Noch grössere Möglichkeiten für Erschliessung bedeutender Staatseinnahmen liegen in der Einführung staatlicher Monopole, die im Anschluss an die Bildung der Kartelle vor sich gehen kann. Die aus dem Anschauungskreise der individualistischen Nationalökonomie erwachsenen Widerstände, die Vorurteile gegen den «sozialistischen Charakter» dieser Massregeln sind durch den Zwang der Kriegszeit, der in gewissermassen selbstverständlicher Weise zur staatlichen Leitung des Wirtschaftslebens als einer der industriellen Zersplitterung gegenüber vielfach überlegenen Wirtschaftsform geführt hat, gemindert worden.

Die Erfahrung des preussischen Eisenbahnwesens und der Industrieverstaatlichung in so vielen Ländern, z. B. im «sozialistischen Laboratorium» Australien zeigen aufs klarste die gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten solcher von der Gesamtheit geleiteter, musterhaft ausgestatteter Riesenbetriebe. Kohlenbergwerke, Zuckerindustrie und all die andern Wirtschaftszweige, die bereits in Syndikaten oder Kartellen organisiert sind, kämen für eine solche Verstaatlichungspolitik in erster Linie in Frage. In zweiter Linie dann die Grossbetriebe der Munitionsfabrikation, bezüglich welcher ohnehin viele Gründe dafür sprechen, ein privates Interesse an ihrer Erweiterung auszuschliessen. Ferner der Tabakhandel, weil er ohnehin das Objekt weitgehender Steuern bilden müsste und das Monopol eine rationellere Erhebung derselben gestattet: schliesslich der Alkoholvertrieb aus den gleichen Gründen und weil so eine wirksame staatliche Einflussnahme auf Einschränkung des Konsums ermöglicht würde. Ob auch die direkten Erträge damit wieder sinken

würden, so könnte andererseits die Steuerkraft der Volksmassen durch Wegfall der übergrossen Ausgaben für alkoholische Getränke stark gehoben werden.

Vor allem jedoch würde eine solche Verminderung des Alkoholgenusses der Gesundheit des Volkes zu Gute kommen und die Arbeitstüchtigkeit desselben heben. Sehr wohl könnte man allmählich bis zu einem völligen Verbot der alkoholischen Getränke, speziell des Branntweins, kommen, während sich beim Biere durch angemessene Verkaufspreise und Herstellung vor allem leichterer Sorten der fiskalische wie der hygienische Gesichtspunkt zur Geltung bringen liessen.

Wieder eine andere bedeutsame Möglichkeit für Vermeidung unproduktiver Ausgaben im Kreise der Volkswirtschaft und in dem des Staatsbudgets läge in der allmählichen Ausschaltung der aus industriellen und internationalen Kampfständen erwachsenden Wertevergeudung und Wertzerstörung.

Planmässige Arbeit für allmählichen Aufbau eines internationalen Rechtszustandes würde als Endziel die einvernehmliche Verminderung der Rüstungsausgaben seitens aller Kulturstaaten ermöglichen und damit auch das Deutsche Reichsbudget in wertvollster Weise entlasten. Vor allem könnte in dieser Weise dem weiteren Anwachsen der Rüstungsausgaben, das sonst allzuleicht alle die geschilderten neuen Einkommensquellen absorbieren würde, begegnet werden. Eine Beseitigung der Formen des industriellen Bürgerkrieges, der Streiks und der Aussperrungen würde analog, wenn auch in kleinerem Rahmen, einen vermeidbaren Passivposten der Industrie ausschalten. Die Erfahrungen Kanadas, Australiens, Neu-Seelands und neuerdings auch Norwegens zeigen, in welcher Weise Einigungsämter mit Zwangsbejurnis alle Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten oder besser noch Lohnämter — ohne den Ausbruch eines Konfliktes überhaupt abzuwarten — die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Massgabe der Leistungsfähigkeit des betreffenden Industriezweiges allgemein zu regeln vermögen \*).

Der Schutz der Industrie vor solcher Stilllegung ihrer Maschinen würde ihr gestatten, die Lohnbedingungen zu verbessern und dabei doch den eigenen Reinertrag zu erhöhen. Hiedurch würden sowohl die Arbeiter wie auch die Fabrikbesitzer zur Uebernahme grösserer Steuerlasten befähigt werden.

Wenn die unausbleibliche Finanzkrise der Zukunft vermöge ihrer Aufrüttelung patriotischer Sorge und finanzpolitischer Findigkeit zu solchen organischen Reformen führen sollte, denen sich bisher tausend Gruppeninteressen und Trägheitswiderstände entgegenstellten, so würde sie dem Fortschritt eine Gasse bahnen und so im letzten Grunde sogar segensvoll wirken.

D<sup>r</sup>. R. BRODA.

\*) Siehe für nähere Beweisführung die Studie des Unterzeichneten: «Inwieweit ist eine gesetzliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich?» Berlin, Verlag von Georg Reimer.

## Zukunft

Alles, was mir nicht gegeben,  
Wird mein Kind, mein Kind erleben.

Was noch mangelt unsern Zeiten,  
Wird die Zukunft sich erstreiten.

Wenn Dir bangt ob Deinem Darben,  
Deinen Schmerzen, Deinen Narben,

Hast Du nicht doch dumpf empfunden:  
Gut, ich geb mich überwunden.

Aber aus der Menschheit Schoss  
Ringt sich der Messias los!

G. B.

Verantwortl. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.